- **Es gilt das gesprochene Wort** -
Sperrfrist: 8. Dezember 2010, 15 Uhr

013

(Stand: 3. Dezember)

Haushaltsrede am 8. Dezember 2010

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sehr geehrte Abgeordnete,
meine Damen und Herren!

„Wenn du schnell gehen willst, geh allein. Wenn du weit kommen willst, geh zusammen mit anderen.“

Mit diesem afrikanischen Sprichwort begrüße ich Sie ganz herzlich zur letzten Kreistagssitzung des Jahres. Auf unserer Tagesordnung steht der Haushaltsentwurf 2011 – ein umfangreiches Zahlenwerk, das für die weitere Zukunft unseres Rhein-Kreises Neuss steht. Jede neue Haushaltsberatung ist ja bekanntlich die schwerste - diesmal ist diese allgemeine Feststellung Realität: Es gilt den höchsten ungedeckten Finanzbedarf seit Bestehen des Rhein-Kreises Neuss auszugleichen.

„Wenn du weit kommen willst, geh zusammen mit anderen“ - das heißt, in der Gemeinschaft erreicht man mehr, Solidarität und Verantwortung sind die Basis für gemeinsamen und dauerhaften Erfolg. Das gilt besonders in schweren Zeiten. Solidarität zu unseren Städten und Gemeinden und Verantwortung für die hier lebenden Menschen sind daher auch die Leitlinien, die im Ihnen vorliegenden Haushaltsentwurf zum Ausdruck kommen.

Wir leben ja schon in einer kuriosen Zeit. Nach einer zweijährigen Finanz- und Wirtschaftskrise mit einer nach dem Krieg so nicht bekannten Härte übertreffen sich plötzlich die positiven Schlagzeilen: Die Zahl der Arbeitslosen kann erstmals seit 1992 unter 3 Millionen rücken. Deutschland ist nicht nur der Wachstumsmotor in Europa, sondern rangiert in der Prosperität auch deutlich vor anderen großen Volkswirtschaften wie den USA oder Japan. Es scheint, dass die Konjunkturzyklen immer kürzer werden, gleichzeitig aber immer heftiger ausschlagen – nach unten oder eben nach oben. Auch bei uns hat die Konjunktur wieder kräftig angezogen. Das hilft den Menschen und der Wirtschaft. So liegt die Arbeitslosenquote im Rhein-Kreis Neuss mit rund 6 Prozent wieder auf dem vergleichsweise niedrigen Vorkrisenniveau.

Noch nicht überwunden ist allerdings die kommunale Finanzkrise. Das hat viele Gründe – vom Einbruch der Steuereinnahmen bis zu den immensen Sozialausgaben, die ungebremst weiter steigen. Und die steigenden Sozialleistungen drohen die kommunalen, aber auch Landes- und Bundeshaushalt zu sprengen. Da hilft auch nicht ein einmaliger durch weitere Schulden gedeckter Betrag aus dem Landeshaushalt.

Im kreisangehörigen Raum tragen speziell die Kreise - direkt oder indirekt über die Landschaftsumlage - den Löwenanteil der Finanzierung von Lebensrisiken wie Altersarmut, Langzeitarbeitslosigkeit, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit. Und während zum Beispiel die Wohnkosten für Hartz-IV-Empfänger steigen oder zumindest stagnieren, sinkt schon seit Jahren die Quote der Bundesbeteiligung. Die vom Bund festgelegten Leistungsverpflichtungen müssen sich aber verursachungsgerecht auch unmittelbar im Bundeshaushalt niederschlagen. Mit der stetig wachsenden Kostenlast sind die Kreise allein überfordert. Wie zu erwarten sind die Ausgaben auch bei uns gegenüber den Einnahmen viel stärker gestiegen. So ergibt sich für den Haushalt 2011 derzeit ein ungedeckter Finanzbedarf von rund 28 Millionen Euro. Das führt dazu, dass der Haushaltsausgleich nur durch einen noch größeren Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage (12,56 Mio. €) als schon in diesem Jahr möglich wird.

Denn – um die Haushalte der Städte und Gemeinden in Solidarität zu schonen - wollen wir deren Finanzanteil nicht erhöhen. Um die Vorjahressumme zu erreichen, ist aber nach den vorläufigen Daten dennoch eine Anhebung des Kreisumlagesatzes (3,18 Prozentpunkte) nötig. Unterm Strich zahlen die Kommunen 2011 nicht mehr an den Kreis als 2010. Der Kämmerer wird das noch genauer erläutern. Von dem Gesamtetat von 366 Millionen Euro gehen einschließlich Landschaftsumlage etwa 210 Millionen Euro - also über 57 Prozent - in den Sozial- und Gesundheitsbereich, dessen Ausgaben wesentlich von gesetzlichen Vorgaben und der Anzahl der Bedürftigen abhängen – also fremdbestimmt sind. Und dieser Betrag entspricht rechnerisch nahezu der gesamten Höhe der Kreisumlage.

Hinzu kommen Ausgaben für schulische Belange und den Jugendbereich, für Umwelt und Naturschutz, für Straßenbau, Hochbau, Bauunterhaltung, für den Ordnungsbereich und alle Finanzangelegenheiten. Die restlichen Prozente fließen zum Beispiel in Sport, Kultur oder Wirtschaftsförderung. Die Fortführung unserer soliden Finanz- und Haushaltspolitik bleibt die Kernbotschaft. Erklärtes Ziel ist auch, die Entschuldung des Rhein-Kreises Neuss fortzusetzen. So werden wir trotz aller widrigen Begleitumstände Ende des Jahres 2011 die Verschuldung weiter auf rund 73 Millionen Euro gesenkt haben und bei den Zinsaufwendungen den Haushalt nur noch mit 3,7 Millionen Euro belasten - was auch für die Kreisgemeinschaft von Bedeutung ist. (im Jahre 2007 – erstes NKF-Jahr - waren es noch 5,9 Mio. Euro)

Uns alle verbindet die Sorge um die Menschen in unseren Städten und Gemeinden, die keine Arbeit haben, die Verantwortung für junge Menschen, die keinen Schulabschluss oder keine Ausbildung haben; unsere Fürsorge für die zunehmende Zahl an Senioren und für die Menschen mit Behinderung. Auch dafür geben wir viel Geld aus dem Kreishaushalt zurück in unsere Städte und Gemeinden.

Die Kreisumlage wird also wieder für die Menschen bei uns eingesetzt mit einem deutlichen Schwerpunkt im Sozial- und Gesundheitsbereich sowie im Bereich der Beschäftigungsförderung und

hier wiederum bei der beruflichen Qualifizierung. Ein großer Teil der Kreisumlage geht nach wie vor an den Landschaftsverband, und damit werden in erster Linie behinderte und pflegebedürftige Menschen – auch bei uns – versorgt und betreut.

Meine Damen und Herren,

Es ist nicht zu erwarten, dass sich die Einnahmensituation der öffentlichen Hand allzu schnell dauerhaft verbessert. Doch wir wollen nicht jammern. Kreistag und Verwaltung stehen zu Ihrer Verantwortung, das Beste für den Rhein-Kreis Neuss und seine Bevölkerung zu tun. Und wir müssen und wollen die Herausforderung meistern, auch in schwierigen Zeiten einen Haushalt zum Wohle unserer Heimat aufzustellen. Diese Heimat - unser Rhein-Kreis Neuss - steht im Wettbewerb der Städte und Regionen nach wie vor sehr gut da – von der Wirtschaftskraft bis zur Lebensqualität. In diesem Wettbewerb kann aber nur bestehen, wer etwas zu bieten hat. Gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zählen ebenso dazu wie Familienfreundlichkeit und ein attraktives Freizeitangebot.

Wir leben anerkanntermaßen in einem blühenden Kreis. Und damit er weiter gedeihen kann, dürfen wir ihn nicht kaputtsparen. Unser Kreis ist überwiegend landwirtschaftlich genutzt. Dennoch nutzen wir im Kreishaushalt nicht alle Gartengeräte.

So wenig Sinn das Verteilen mit der Gießkanne macht, so wenig Sinn macht auch das Sparen mit dem Rasenmäher.

Die Instrumente unserer Kreispolitik sind Augenmaß und Weitblick. **Das Ziel ist ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Nachhaltigkeit.**

Eine Weisheit aus der Forstwirtschaft besagt, dass einem Wald nur so viel Holz entnommen werden darf, wie nachwachsen kann. Dies ist die älteste ausformulierte Definition von Nachhaltigkeit. Sie stammt aus dem Jahr 1795. Längst ist Nachhaltigkeit zur großen Herausforderung im 21. Jahrhundert geworden. Dem trägt auch der Rhein-Kreis Neuss Rechnung - unter anderem als erster Fair-Trade-Kreis Deutschlands und mit seinen schon seit Jahrzehnten laufenden Baumpflanzprogrammen. Unter sozialer Nachhaltigkeit verstehen wir die Entwicklung der Gesellschaft als einen Weg, der Teilhabe für alle Mitglieder einer Gemeinschaft ermöglicht. Darin liegt der Auftrag, Menschen, die abseits unseres gesellschaftlichen Lebens stehen, nach Kräften beim Ein- oder Wiedereinstieg zu unterstützen.

Dies wird uns auch beim Thema Inklusion beschäftigen. Inklusion darf nicht zur Gleichmacherei führen. Hier sollte man den Leitspruch der Lebenshilfe, die gerade ihren 50. Geburtstag gefeiert hat, beachten: „Es ist normal, verschieden zu sein.“ Es kommt darauf an, für alle den optimalen Förderort

zu finden – nicht die Fördervielfalt zu zerstören. Die Rundfahrt mit Ihnen als Kreistagsabgeordnete zu den Förderschulen und anderen Förderorten hat dies noch einmal sehr deutlich gemacht.

In der Teilhabe für alle liegt mit Blick auf den Arbeitsmarkt ein besonderer Schlüssel zur Reduzierung der enormen Sozialausgaben. Denn die Sozialausgaben nachhaltig zu begrenzen, wird nur gelingen, wenn wir mehr Menschen in Beschäftigung bringen können. Diese Verantwortung wollen wir übernehmen. Für die künftige Betreuungsform der Langzeitarbeitslosen hat der Kreistag im Juli das Ziel klar vorgegeben und sich für das Optionsmodell ausgesprochen - **ein Modell, das nicht teurer ist, uns und unseren Kommunen aber mehr Einfluss auf die Arbeitsmarktpolitik vor Ort garantiert** und uns helfen soll, noch mehr Menschen in Arbeit oder Ausbildung zu bringen. Gleich werden wir uns dem Thema noch einmal widmen.

Die gesetzlich geforderte Umgestaltung unserer ARGE – bisher in bewährter Trägerschaft des Kreises und der Agentur für Arbeit Mönchengladbach – ist wegen der existentiellen Bedeutung für viele Menschen eine ganz herausragende Weichenstellung. Anders als bei der Alternative Job-Center der Arbeitsagentur wären wir als Optionskommune in Eigenregie für die rund 30 000 Bürger, die im Kreis derzeit ganz oder teilweise von Hartz IV leben, verantwortlich – inklusive Arbeitsvermittlung. Unser Antrag auf Zulassung liegt nun vor und kann mit Ihrer Zustimmung beim Land eingereicht werden.

Noch stärker als bisher müssen wir uns mit allen unseren Städten und Gemeinden, mit den Schulen, aber auch allen Unternehmen im Kreis anstrengen, die Chancen der Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern - im Sinne einer nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung. Auch müssen wir dafür sorgen, dass dem Markt auf Dauer gut ausgebildete Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Dazu gehören auch Ausbildungschancen für junge Menschen mit Migrationshintergrund. Sprachförderung und Integration sind hier zentrale Punkte; wir müssen schon bei den Kindern ansetzen, um zu verhindern, dass sie als Erwachsene in die Hartz-IV-Falle geraten.

Zum zweiten Mal haben wir in diesem Jahr unser Migranten-Stipendium vergeben können. Und die Schülerinnen und Schüler, die im Rahmen unserer Migrantenförderung in kürzester Zeit Deutsch lernen und erfolgreich ein Gymnasium besuchen, zeigen hohe Leistungsbereitschaft. Besonders unsere Stipendiaten haben Vorbild-Charakter für andere junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Meine Damen und Herren,

Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, Bildung und Qualifizierung stehen nach wie vor ganz oben auf der Agenda des Kreistags. Und gerade jetzt bleibt die interkommunale Zusammenarbeit eine Aufgabe, mit der wir uns intensiv beschäftigen müssen!

Das gilt auf allen Ebenen innerhalb der Kreisgemeinschaft, aber auch in der regionalen Zusammenarbeit. Unser Rhein-Kreis Neuss ist bereits gut am Niederrhein, nach Düsseldorf und Köln vernetzt. Jetzt wollen wir uns konstruktiv mit der Fortentwicklung zur Metropolregion Rheinland befassen. Die fünf IHK-Kammerbezirke, die sich als „das Rheinland“ verstehen, repräsentieren 6,7 Millionen Einwohner und ein Bruttoinlandsprodukt von 213 Milliarden Euro. Das Rheinland ist also ein Wirtschaftsraum erster Klasse. Sich im nationalen und internationalen Wettbewerb besser aufzustellen, kann nur richtig sein.

Auch im kürzlich veröffentlichten „Zukunftsatlas 2010“ wird deutlich, dass die Rheinschiene mit Düsseldorf, dem Rhein-Kreis Neuss und Köln/Bonn ein Kraftzentrum in Nordrhein-Westfalen bildet, das sich im bundesweiten und internationalen Vergleich als besonders anziehend erweist. Die Experten der Schweizer Prognos AG haben uns unsere Zukunftsfähigkeit auch in ihrer jüngsten Studie bestätigt. So wurde der Rhein-Kreis Neuss erneut mit dem Prädikat „Hohe Zukunftschancen“ bewertet; und wir scheiden auch erneut als bester Kreis in Nordrhein-Westfalen ab.

Gründe sind sicherlich, dass bei uns harte Standortvorteile durch hohe Lebensqualität ergänzt werden, dass wir zusammen in der Kreisgemeinschaft gute Rahmenbedingungen geschaffen haben und eine mittelstandsfreundliche Wirtschaftspolitik betreiben. Und nicht zuletzt müssen wir unseren erfolgreichen Unternehmen mit qualifizierten und leistungsbereiten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für dieses gute Ergebnis danken.

Meine Damen und Herren,

Als innovativer und leistungsstarker Wirtschaftsstandort wollen wir mit unseren Städten und Gemeinden, den Unternehmen und unserer Bevölkerung für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand sorgen. Es gibt viele Gründe darauf zu vertrauen, dass wir eine erfolgreiche Zukunft für unsere Heimat gestalten können, ohne dass irgendetwas schöneredet werden müsste. Das kann aber nur gelingen, wenn in der „großen“ wie in der lokalen Politik deutlich wird, dass es noch Zukunftsentwürfe gibt, Ziele und den nötigen Gestaltungswillen.

Dank unserer gemeinsamen Anstrengungen und unseres Gestaltungswillens waren wir bisher in der Lage, große Herausforderungen stets zu meistern. Lassen Sie uns in diesem Sinne weiter unsere Fähigkeiten und Ideen engagiert und gemeinsam für unseren Rhein-Kreis Neuss einsetzen. Denn in Anlehnung an mein Eingangszitat sage ich: „Wir wollen weit kommen!“ Die Kreisverwaltung und ich als Landrat werden Sie dabei nach Kräften unterstützen. Gestatten Sie mir an dieser Stelle, meinen Dank allen auszusprechen, die an der Aufstellung des Haushaltsentwurfs beteiligt waren: Mitarbeitern, Amtsleitern, Dezernenten, meinem Allgemeinen Vertreter, Herrn Jürgen Steinmetz, und besonders der Kämmerei und unserem Kämmerer, Herrn Ingolf Graul.

Ich gebe das Wort an den Kreiskämmerer und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.